



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Dringende Resolution zu Griechenland

Der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationalen, die vom 26. - 28. November 2012 in Budapest tagt, von OLME und DOE (Griechenland) zur Annahme vorgelegt

Die EGBW-Konferenz nimmt zur Kenntnis, dass die griechische Regierung am 7. November 2012 allen neuen (mit der Troika vereinbarten) Maßnahmen im Wert von 13,5 Mrd. Euro zugestimmt hat. Alle Maßnahmen, die in nur einem Artikel enthalten sind, umfassen neue drastische Kürzungen von Löhnen, Renten/Pensionen und sozialen Gütern, neue Steuern sowie Maßnahmen, die zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Lehrern, der Abschaffung von Kollektivvereinbarungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst usw. führen. Diese Maßnahmen kommen zu den bereits zuvor beschlossenen Kürzungen (2010-11-12) hinzu. Innerhalb der letzten drei Jahre büßten Lehrer bis zu 45 % ihres Verdienstes ein.

Die Arbeitslosigkeit beläuft sich auf über 30 % und einer von zwei jungen Menschen ist arbeitslos. Armut und Elend greifen in breiten Gesellschaftsgruppen um sich. Auch Selbstmorde nehmen immer mehr zu. Das Land steht kurz vor einer schweren sozialen und gesellschaftlichen Krise.

Die EGBW-Konferenz unterstützt die griechischen Mitgliedsorganisationen in ihrem Widerstand gegen die von der Regierung in Griechenland implementierte neoliberale Politik und ruft zu koordiniertem Handeln seitens der Mitgliedsorganisationen in ganz Europa gegen solch eine Politik, wo immer sie in Europa auch umgesetzt wird, auf.

Die EGBW-Konferenz verurteilt auch die Inhaftierung von Gewerkschafter/-innen in Griechenland, die gegen die von der Troika in Griechenland auferlegten Sparmaßnahmen protestierten.